

Faschismus, BRD und EU – die Kontinuität des Antikommunismus

Im August 1944 wurden die Stuttgarter Kommunisten Anton Hummler und Max Wagner vom faschistischen »Volksgerichtshof« wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zum Tode verurteilt und kurz darauf, am 25. September, hingerichtet.



Anton Hummler mit seinem Sohn Heinz

Sie hatten einen kommunistischen Widerstandskreis gebildet und u.a. Informationen aus Radio Moskau und London unter der Hand verbreitet. Beim Versuch, einen jüdischen Arzt in die Schweiz zu schmuggeln, wurden sie durch einen von der Gestapo eingeschleusten Verräter ans Messer geliefert. Anton Hummler musste zahlreiche gewaltsame Verhöre im Hotel Silber über sich ergehen lassen.

Zwei Monate später, am 30. November 1944, ermordete die Gestapo mehrere Mitglieder der kommunistischen Widerstandsgruppe Schlotterbeck aus Stuttgart-Luginsland. Sie hatten u.a. Informationen über die deutsche Rüs-

tungsindustrie an die Alliierten weiter gegeben.

Kommunisten waren es, die im Widerstand gegen den Hitler-Faschismus die meisten Opfer brachten. Heute indes erinnert man sich lediglich an die Verschwörer des 20. Juli und allenfalls vielleicht noch an die Geschwister Scholl. Die schon unmittelbar nach der Machtübertragung an die Faschisten einsetzenden Aktivitäten der KPD werden hingegen tunlichst totgeschwiegen oder klein-geredet.

Gleiches Ziel mit anderen Mitteln

Nachdem im Mai 1945 - vorrangiges Verdienst der Sowjetunion und ihrer Roten Armee - der Faschismus besiegt worden war, schien es für kurze Zeit möglich, eine neue, antifaschistisch-demokratische und schließlich sozialistische Ordnung an die Stelle der alten zu setzen. Dies gelang nur in einem Teil Deutschlands, der DDR, die in diesen Tagen ihren 70. Geburtstag gefeiert hätte. Im anderen Teil, in der BRD, krochen die Hintermänner und Nutznießer des Hitler-Faschismus wieder aus den Löchern und gelangten zurück in ihre alten Machtpositionen. Die Antifaschisten wurden verleumdet, aus ihren Ämtern verdrängt, aus den Gewerkschaften ausgeschlossen;

Fortsetzung Seite 2



Gedenktafel am ehemaligen Wohnhaus der Familie Schlotterbeck in Stuttgart-Luginsland

Wer trägt die Spesen?

"Auf der Ertragsseite bestehen erhebliche finanzielle Risiken bei der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung infolge der Diesel-Affäre, den US-Strafzöllen und dem strukturellen Wandel bei der Automobil-industrie." (Vorbericht zum Stuttgarter Haushaltsplan 2020/2021)

Haupteinnahmequelle vieler Kommunen – so auch der Stadt Stuttgart – ist die Gewerbesteuer. Maßgeblich für die Höhe der Steuer ist der Gewerbeertrag. In 2018 und 2019 werden die Standortgemeinden von Daimler-Benz erhebliche Einnahmeverluste hinnehmen müssen. Grund: Wegen der Diesel-Betrügereien der Bosse werden Rückstellungen für Schadenersatz, Rückrufaktionen und Geldbußen vorgenommen, die das Betriebsergebnis reduzieren. Weniger Ertrag bedeutet weniger Steuer! Das trifft auch die Stadt und damit die Stuttgarter Bürger.

Es bedarf keiner großen logischen Anstrengung, um festzustellen, dass damit die Stuttgarter Bürger teilweise für den Betrug der Daimler-Bosse aufzukommen haben. Das Geld, das vom Daimler fehlt, fehlt damit für notwendige Reparaturen, das Füllen von Schlaglöchern, die Anschaffung von Büchern usw.

Wer trägt die Spesen? Nicht die Monopole, sondern die Masse der Bevölkerung!

75 Jahre Gedenken an Friedrich Schlotterbecks Wirken

16.11.2019, 17 Uhr, Haus der Wirtschaft Stuttgart (Stuttgarter Buchwochen): Peter Grohmann liest aus **«Je dunkler die Nacht...»**. Mitglieder der Familie sind anwesend.

30.11.2019, 19 Uhr, Gedenkstätte Hotel Silber, Stuttgart: **Vortragsabend** mit Elfriede Samo (Historikerin) und Aram Hess (Mitglied der Familie) u.a. zu Schlotterbecks Wirken in Stuttgart.

1.12.2019, 11 Uhr, Friedhof Stuttgart-Untertürkheim, **Gedenken an die Widerstandsgruppe Schlotterbeck zum 75. Jahrestag ihrer Ermordung,** Redebeitrag von Ilse Kestin (IG Metall).

schließlich erfolgte im Jahre 1956 das Verbot der KPD. In der Folge wurden Kommunisten, die im Widerstand aktiv gewesen waren, von den gleichen Richtern ins Zuchthaus gesteckt, vor denen sie schon in den Jahren des Faschismus gestanden hatten. Nach der Neukonstituierung der DKP 1968 war die zwar »mildere«, aber dennoch teils existenzvernichtende Fortsetzung der Kommunistenverfolgung die Praxis der »Berufsverbote«.

EU-Parlament als antikommunistischer Scharfmacher

In diesen Wochen neigen wir im Rahmen von Mahnveranstaltungen und Gedenkfeiern das Haupt vor Widerstandskämpfern wie Anton Hummler, den GenossInnen der Gruppe Schlotterbeck und auch den Soldaten der Roten Armee. Gleichzeitig erdreistet sich das EU-Parlament in seinem Beschluss »Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas«, der »kommunistischen Sowjetunion« die Mitschuld am Zweiten

Weltkrieg zu unterstellen, und fordert »eine gemeinsame Erinnerungskultur«, die den faschistischen Massenmord und sogenannte „stalinistische“ Verbrechen undifferenziert gleichsetzt. Zudem versteigen sich die Parlamentarier zu der Aussage, das heutige Russland sei »noch immer das größte Opfer des kommunistischen Totalitarismus« und müsse es unterlassen, »die kommunistischen Verbrechen zu verharmlosen und das totalitäre Sowjetregime zu verherrlichen«. Überdies werden in dem Papier das Verbot kommunistischer Symbole und die Schleifung von Mahnmalen zu Ehren der Roten Armee befürwortet.

Mit der Verdrehung geschichtlicher Tatsachen und dem Leugnen des kommunistischen Widerstandes soll vergessen gemacht werden, dass die Wurzeln des Faschismus letztlich im Kapitalismus zu suchen sind und dass die sozialistische Gesellschaft als Alternative auch von künftigen Generationen gar nicht erst in Erwägung gezogen werden soll. Mit dem Gedenken an unsere Stuttgarter Widerstandskämpfer wehren wir uns dagegen!



Friedrich Schlotterbeck war der einzige Überlebende der Familie Schlotterbeck. In seinem Buch "Je dunkler die Nacht, desto heller die Sterne" (das jetzt neu aufgelegt wurde) hat er die Erfahrungen der Widerstandsgruppe festgehalten.

30 Jahre "Mauerfall" – 30 Jahre Rechtsentwicklung

Das 30-jährige Jubiläum des hochgefeierten „Mauerfalls“ in einer Zeit, da Mauern gegen Geflüchtete wie Pilze wachsen, und die anschließende Einnahme der DDR durch westdeutsche Konzerne, zeitigen Folgen, die nicht mehr feierlich sind: Strukturelle Massenarbeitslosigkeit, die es im Arbeiterstaat nicht gab, Ersetzen der sozialen Einrichtungen der DDR durch gezielte Verelendung und ein auf bürgerlichem Nährboden sprießender Rechtsradikalismus. Nach den Anschlägen in Hoyerswerda 1991 beschloss das dortige Landratsamt, das Neonaziproblem mit der „Ausreise der Ausländer“ zu „lösen“. Bewusst wurde Stimmung gemacht: Man solle die Bürger nicht überfordern, eine schnellere Abwicklung der Asylverfahren anstreben, Sammelunterkünfte einrichten und zwischen politisch Verfolgten und nicht Verfolgten unterscheiden. Damals wie heute nützt und befördert man die rechte Stimmungsmache, um das umzusetzen, was sowieso vorgesehen ist, schiebt die Opfer ab und schon gibt es – so die Demagogie – in

Deutschland keinen Rechtsradikalismus mehr. Aus den überforderten sind "besorgte" Bürger geworden. Überforderung und Grund zur Besorgnis sind jedoch nicht die Geflüchteten, sondern die rasant umverteilte von Unten nach Oben, die zunehmende Arbeitslosigkeit oder der Ausverkauf unserer Daseinsvorsorge. Das grundgesetzlich verbrieft Asylrecht gilt vornehmlich für profitable Billigfachkräfte, die Sammelunterkünfte sind Ankerzentren, in denen der permanent scheinheilig zitierte Artikel 1 des Grundgesetzes (von der angeblich unantastbaren Würde des Menschen) aufgehoben ist. Aus politisch Verfolgten werden Schmarotzer, indem ihre durch die NATO-Aggressoren zerbombten Staaten zu sicheren Herkunftsländern umdefiniert werden.

Wem nützt es?

Zunehmende Perspektivlosigkeit und Zukunftsängste in großen Teilen der Bevölkerung sind der soziale Nährboden, der die bombastischen Wahlerfolge der AfD ermöglichte. Die AfD ist jedoch kein Betriebsunfall, sondern erweist sich als äußerst nützlich für die Herrschenden: Mit ihrer rassistischen und antisemitischen Gehirnwäsche sollen alle Erkenntnisse darüber, wer die tatsächlichen Verursacher und Profiteure der sozialen Schieflage sind, aus den Köpfen der Menschen gespült werden. So erklären sich der mediale „rote Teppich“, der der

AfD von den Konzernmedien ausgerufen wird, und die finanzielle (Wahlkampf-) Unterstützung für die AfD.

Schulterschluss nach Rechtsaußen

Die AfD ist damit keine Übergangserscheinung, zudem die Stimmen in der CDU, die eine Zusammenarbeit mit der AfD nicht ausschließen, lauter werden. Wir erinnern uns an den entsetzten Aufschrei aus der „bürgerlichen Mitte“, als am Wahlabend Wiebke Binder (MDR) nach einer möglichen bürgerlichen Koalition zwischen CDU und AfD fragte. Dabei setzt sich die AfD vornehmlich aus bürgerlichen Akademikern, Unternehmern und enttäuschten ehemaligen CDU-Mitgliedern zusammen, spielt sich als „Anwalt der kleinen Leute“ auf, vertritt aber, ganz im Interesse ihrer Förderer, wirtschaftsliberale Positionen. Dass die AfD zudem ein Bindeglied zwischen rechts-konservativen Kräften und Rassisten bis hin zu Stiefelfaschisten darstellt, macht die Situation umso gefährlicher. Die AfD ist letztlich ein gewünschtes Kind unseres parasitären Systems.

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.
DKP Stuttgart, Spendenkonto:
IBAN: DE03600501010002078906
BIC: SOLADEST600



Städtischer Doppelhaushalt 2020/2021

Sünden der Vergangenheit – Misere in der Zukunft

Bei der Beratung des Doppelhaushalts 2020/2021 sind der Stuttgarter OB Kuhn, die Verwaltungsspitze und der Gemeinderat mit ihren Sünden der Vergangenheit konfrontiert.

Ohne Not haben sie in den vergangenen Jahren alles daran gesetzt, den Stuttgarter Haushalt schuldenfrei zu machen. Das ist gelungen – 2018 ist der Schuldenstand des Kernhaushalts Null. Und dabei sind Kommunalkredite aktuell billig wie nie.

Der Preis dafür war, in unverantwortlicher Weise zu sparen. Der Personalbestand wurde reduziert, wo es ging, weitgehend eingefroren und nur in Bereichen widerwillig und unzureichend aufgestockt, in denen es gesetzlich vorgeschrieben war, z.B. im Kita-Bereich. Als Ergebnis dieses Handelns fehlen seit Jahren mindestens 1000 Personalstellen.

Auch im Doppelhaushalt 2020/2021 wird dieses Defizit nicht annähernd ausgeglichen. Dazu wird die Anzahl der durch Kündigung und Wechsel in den Ruhestand nicht besetzten Stellen weiterhin bei 8% der im Stellenplan ausgewiesenen

Stellen liegen, mit Spitzen bis zu 15% etwa beim Jugendamt oder beim Hochbauamt. Insgesamt werden bis 2025 über 1600 städtische Beschäftigte das Rentenalter erreichen und so den Personalmangel dramatisch verschärfen.

Sparen zu Lasten der Beschäftigten und der Bevölkerung

Das alles juckt weder den OB noch die Mehrheit des Gemeinderats. Nein, die Misere wird ja auf dem Rücken der Beschäftigten und zu Lasten der Stuttgarter Bürger ausgetragen.

Jeder Berufstätige weiß: Personalmangel führt zu übermäßiger Belastung der Beschäftigten. Die Leistungsfähigkeit der Verwaltung insgesamt wird dadurch beeinträchtigt. Seit Jahren liest man in der örtlichen Presse, dass viele Ämter ihre Aufgaben kaum noch erfüllen können. Die Unterhaltung von Schulen, Straßen, Sportplätzen und Bädern kommt zu kurz. Stuttgarter Bürger klagen über zugewachsene Wege, stillgelegte Brunnen, zugemüllte Spielplätze oder Schlaglöcher im

Straßennetz.

Auch notwendige Unterhaltungsarbeiten und selbst dringende Investitionen können nicht abgearbeitet werden. Die Stadt schiebt Maßnahmen für 800 Millionen Euro von einem Jahr ins andere, weil das Personal für die Umsetzung fehlt. Insgesamt beträgt das zurückgelegte Geld der Stadt 2,7 Milliarden. Was könnte man dafür alles erledigen!

Man glaube nicht, dass es in Zukunft besser wird: Laut Verwaltung ist der Arbeitsmarkt leergefegt. Man bekommt die Stellen nicht besetzt. Kein Wunder bei den Mieten und bei den Staus für Pendler. Herr Fritz Kuhn, Oberbürgermeister, und seine Zuständigen geben sich ratlos.

Unser Vorschlag: Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Gehälter zahlen, von denen sie in Stuttgart auch leben können. Für bezahlbare Wohnungen sorgen. Die Infrastrukturmängel beheben.

Gesundheitswesen abgetaucht

Was die Genossen vom Branchenaktiv Gesundheitswesen der DKP befürchtet hatten, ist eingetroffen: Die Ausgliederung des Klinikums aus dem städtischen Haushalt und die Bildung der Kommunalanstalt des öffentlichen Rechts haben dazu geführt, dass von den Belangen des Klinikums öffentlich nicht mehr die Rede ist. Dabei ist der Personalnotstand dort

genauso skandalös wie bei der Stadtverwaltung. Er wird nur nicht mehr öffentlich verhandelt, und die Beschäftigten werden auch nicht mehr vom Gesamtpersonalrat der Stadt vertreten. So sind die Kolleginnen und Kollegen des Klinikums auf sich gestellt. Eine fatale Situation! Um so wichtiger wird es sein, Öffentlichkeit herzustellen, wann immer es geht.

Man wird sehen, wie sich die Fraktionen des Gemeinderats in die Regularien der Kommunalanstalt einbinden lassen.



Frieden für Syrien! Stoppt die türkische Militärintervention!



Mehrere hundert Menschen waren dem Aufruf des Friedensnetzes Baden-Württemberg gefolgt und demonstrierten am Samstag, den 19. Oktober 2019, in Stuttgart gegen den völkerrechtswidrigen und verbrecherischen Einmarsch türkischer Truppen in die mehrheitlich kur-

disch besiedelten Gebiete in Nordsyrien. Die RednerInnen auf der Abschlusskundgebung auf dem Stuttgarter Schlossplatz wiesen auf die Unterstützung der türkischen Truppen durch dschihadistische IS-Terroristen hin und verurteilten die heuchlerische Position der EU und ins-

besondere der Bundesregierung, die die türkische Aggression einerseits verbal verurteilt und andererseits durch massive Waffenexporte unterstützt. Die DemonstrantInnen forderten lautstark den sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte.

Reichspogromnacht vor 81 Jahren: Der Schoß ist fruchtbar noch

Am 9. November 1938 wurden von SA und SS hunderte Synagogen gestürmt und in Brand gesetzt. In Cannstatt hat die Feuerwehr selbst mit Hand angelegt. Verhaftungen, Zwangsenteignungen, Verschleppungen, Ermordungen von Jüdinnen und Juden folgten. Die von nun an systematische Verfolgung endete drei Jahre später im Holocaust, der industriemäßigen Vernichtung der Juden in Europa. Es war alles geplant. Das innere Feindbild des Judentums lenkte die Bevölkerung in Richtung Rassenkampf statt Klassenkampf. Und mit der Arisierung jüdischer Geschäfte konnte die Kriegskasse aufgefüllt werden. Ein Teil der „arisch-deutschen“ Bevölkerung konnte sich bereichern und wurde so zum Mit-Nutznießler gemacht. Bereits zehn Monate nach der Pogromnacht wurde von Nazi-Deutschland mit dem Überfall auf Polen der zweite Weltkrieg vom Zaun gebrochen.

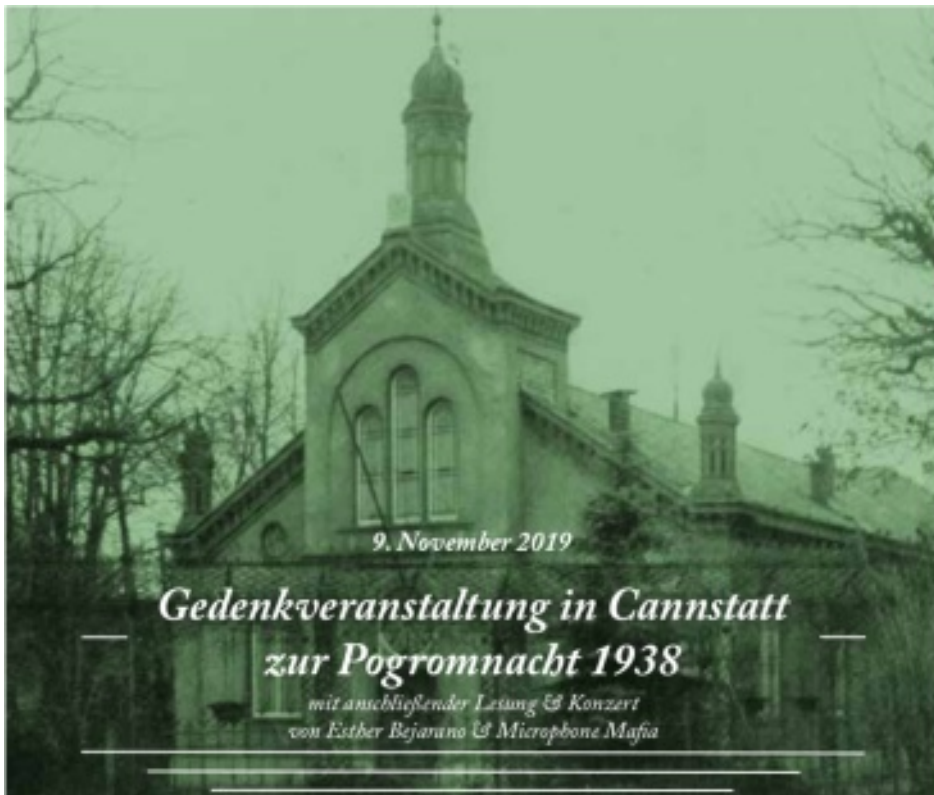
Heute werden mithilfe der Medien erneut rassistische Feindbilder aufgebaut: der Islam oder das Judentum. Welche Früchte diese antisemitische Hetze trägt, hat der Anschlag von Halle deutlich vor Augen geführt. Wenn auch jetzt viele Krokodilstränen vergossen werden, darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass Feindbilder gebraucht werden. Angesichts der zunehmenden Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems gilt es, von den Verursachern abzulenken und die Bevölkerung zu spalten. Die Krise ist das Bewegungsgesetz des Kapitalismus, ihre Folgen werden abgewälzt.

Der Zusammenhang zwischen Antisemitismus, Rassismus und Krieg heißt Kapitalismus.

Nazis marschieren wieder auf unseren Straßen, Linke werden von Staats wegen kriminalisiert und Polizeigesetze verschärft, in Baden-Württemberg mit Hilfe

der Grünen. Dies zeigt auch die jüngst in Sigmaringen stattgefundenen Übung (Baden-Württembergische Terrorismusabwehr Exercise), bei der der grundgesetzwidrige Bundeswehreininsatz im Inneren trainiert wurde. Zur Repression nach innen gehört die Aggression nach außen: Seit 2016 stehen wieder deutsche Panzer nahe der russischen Grenze. Der Rüstungshaushalt soll nahezu verdoppelt werden. Auch die sogenannte Alternative für Deutschland, die vom Großkapital gesponsert wird, ist dafür. Ganz in dessen Interesse möchte auch die AfD die Bundeswehr befähigen, weltweit Einsätze durchzuführen. Die Bundeswehr soll auf insgesamt 230 000 Soldatinnen und Soldaten aufgestockt werden. Am „Tag der deutschen Einheit“ soll es eine Militärparade geben. Die Einbindung von Soldatinnen und Soldaten an Schulen soll intensiviert, Proteste gegen das Militär bestraft werden.

Die Alternative zum Kapital ist sozial, nicht rechtsradikal!



Gedenkveranstaltung: Samstag, den 09. November 2019

ab 18.00 Uhr am Platz der ehemaligen Cannstatter Synagoge
König-Karl-Straße 45/47 (Nähe U-Bahn Haltestelle Cannstatt Wilhelmsplatz)

mit Reden von:

Martin Poguntke, Pfarrer i.R. und Dipl.-Päd,

Sidar Carman, Gewerkschaftssekretärin bei ver.di Stuttgart,
VertreterIn des Antifaschistischen Aktionsbündnis Stuttgart und Region (AABS)

Moderation: **Joe Bauer** (Autor und Betreiber des Flaneursalons)
Kulturprogramm: **Freier Chor Stuttgart** mit antifaschistischen Liedern

anschließend **um 19.30 Uhr** im Verwaltungsgebäude des Bezirksrathauses
(Marktplatz 10, 70372 Cannstatt)

Lesung und Konzert

mit der Shoa-Überlebenden **Esther Bejarano** und der Rapband **Microphone Mafia**

Einladung zu den Treffen der DKP

Gruppe Nord:

Di. **05.11.2019**, Di. **19.11.2019**,

und Di. **03.12.2019**

19.00 Uhr, Bürgerzentrum Feuerbach,
1. Stock, Stuttgarter Str. 15 bei OBI,
Eingang Roserplatz
(Haltestelle Feuerbach Bahnhof)

Gruppe Cannstatt:

Di. **12.11.2019** und Di. **10.12.2019**,

19.00 Uhr, Gaststätte Äquator,
Kreuznacher Str. 57, Cannstatt
(Nähe Wilhelmsplatz)

Gruppe Süd:

Zu erreichen über:

sued@dkp-stuttgart.org



Esther Bejarano (geb. am 15.12.1924) überlebte das KZ Auschwitz-Birkenau. Die Faschisten zwangen sie dazu, im Mädchenorchester von Auschwitz zu spielen. Unsere Genossin ist Mitglied in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen (VVN-BDA) und im Internationalen Auschwitz-Komitee. In zahlreichen Zeitzeugen-Veranstaltungen und bei ihren Auftritten mit der Microphone Mafia engagiert sie sich gegen alte und neue Nazis.